Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 41 (1947)

Heft: 4

Rubrik: Schweizerische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Beiſpiel einen Poſten von 15 Millionen Piaſtern für 30 000 annamitiſche Beamte und Angeſtellte, während für die 5000 franzöſiſchen Beamten und Angeſtellten 40 Millionen Piaſter ausgeſetzt waren. 1943 gab die Kolonialregierung ganze 30 000 Piaſter für Bibliotheken aus, 71 000 Piaſter für Krankenhäuſer und 748 000 Piaſter für Schulen — aber rund 4½ Millionen Piaſter für den Ankauf von Opium, das durch das amtliche Monopol im Land verteilt wurde. 40 Jahre nach der Eroberung des Landes durch Frankreich genoſſen erſt 2 Prozent der Bevölkerung einen primitiven Elementarunterricht und ½ Prozent einen gewiſſen Sekundarſchulunterricht. Gleichzeitig gab es 31 Spitäler, aber auch 81 Gefängniſſe, außer den Konzentrationslagern. Die Annamiten, welche dieſe Segnungen nicht gebührend zu ſchätzen wußten, erfuhren die in ſolchen Fällen übliche Spezialbehandlung. Im Jahr 1930, über ein Jahrzehnt vor Lidice, ſchoſſen beiſpielsweiſe fünf franzöſiſche Bomber das Dorf Co-am in der Provinz Haiduong, zuſammen, in das ſich annamitiſche Aufſtändiſche geflüchtet hatten, und der Provinzſtatthalter machte bekannt, «daß jedem Dorf, das ſich in eine ähnliche Lage bringt, erbarmungslos das nämliche Schickſal bereitet wird».

Aber auch dieſes Regiment iſt ſchon gerichtet. Gottes Mühlen mahlen langſam, aber ſchrecklich fein — ein Troſt für uns alle, die wir nicht allein den Sturz der weißen Kolonialherrſchaft und des neuen wie des alten Imperialismus erwarten, ſondern den Zuſammenbruch *aller* Unterdrückungsſyſteme in der ganzen Welt.

15. April 1947.[6]) *Hugo Kramer.*

Schweizeriſche Rundſchau

Ordnung der Wirtschaft

Es iſt merkwürdig: Alles profitiert bei uns von der ungeſchwächt anhaltenden Nachkriegskonjunktur oder möchte doch davon profitieren; alles ſchwimmt im Geld, die öffentlichen Körperſchaften mit ihren meiſt überraſchend günſtigen Jahresabſchlüſſen nicht weniger als eine ziemlich breite Schicht von Privatleuten und Großverdienern; Gewinne und Löhne ſteigen noch immer; der Lebensaufwand wird in weiten Kreiſen zuſehends üppiger (vom heurigen Oſterverkehr zum Beiſpiel erzählt man ſich außerordentliche Dinge) — und doch ſcheint niemand dieſes Segens ſo recht froh zu werden, ſcheint jedermann in Sorge darüber zu ſein, was wohl hinter dem Segen laure. Von allen

[6]) Die Aktualität der Weltrundſchau — und in geringerem Maße der Schweizeriſchen Rundſchau — leidet diesmal in beſonders empfindlicher Weiſe darunter, daß zwiſchen ihrer Niederſchrift und dem Erſcheinen des Heftes ein allzugroßer Abſtand liegt. Das Manuſkript iſt rechtzeitig abgeliefert worden, aber ohne mein Verſchulden faſt eine Woche lang in der Druckerei liegen geblieben.

Seiten vernehmen wir Warnungen vor der «überbordenden Hochkonjunktur»; wir werden aufgefordert, dem «gegenseitigen unfruchtbaren Preis- und Lohnauftrieb» Einhalt zu gebieten und die drohende Inflation oder doch eine gefährliche Ueberhöhung des schweizerischen Preisniveaus gegenüber dem allmählich wieder als Konkurrent auftretenden Auslande zu verhindern — kurz, es verbreitet sich mehr und mehr eine Stimmung, deren Grundton ist: Lasset uns essen, trinken und verdienen, denn morgen kommt die Krise!

Als ob es Schicksal wäre, daß die Krise kommt! Ja gewiß, solange sich die Völker, um gut zu leben, dem Profit- und Mammonsgeist ausliefern, der ein Anarchist im schlimmsten Sinne des Wortes ist, müssen sie sich eben den «Gesetzen» dieses Geistes auch dann unterwerfen, wenn das Stockung, Mangel, Verlust, Zusammenbruch und Arbeitslosigkeit bedeutet. Aber *muß* der berühmte Erwerbs- und Bereicherungsgeist die Menschen und Völker regieren? Kann an Stelle des wirtschaftlichen Kampfes aller gegen alle nicht endlich, nach so vielen leidvollen Erfahrungen, eine Ordnung gegenseitiger Hilfe und planmäßiger Zusammenarbeit treten, die mit der gemeinsamen Nutzbarmachung der Güter und Kräfte der Erde jedem Einzelnen die Sicherung seiner materiellen Existenz und damit auch eine wichtige Hilfe für die Entfaltung seiner höheren, geistigen Natur böte?

Das Schicksal der Initiative für *Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit,* über die nun am 18. Mai das (männliche) Volk zu entscheiden haben wird, wird zeigen, wie viele — oder wie wenige! — Menschen es in der Schweiz gibt, die auf diese Fragen die rechte Antwort zu erteilen wissen. Das von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften eingereichte Volksbegehren verdient unsere Unterstützung umso mehr, als der Kampf dafür von einem Teil seiner Urheber bedenklich matt geführt wird und es schon allerhand brauchte, damit die Initiative, als es ernst galt, nicht überhaupt fallen gelassen wurde. Wie immer die Aussichten dieses Kampfes beurteilt werden mögen: der Einsatz, um den es geht, ist hoch genug, um all unsere Kräfte herauszulocken. Die «nächste Krise» ist so wenig ein Fatum, dem wir uns zu ergeben hätten, wie der «nächste Krieg», der uns als Folge weiterer Krisen prophezeit wird!

«Die wichtigste Lehre»?

Wenn man die Verhandlungen der Frühjahrstagung der Bundesversammlung etwas genauer verfolgt hat, so muß man allerdings schon sagen, daß da von einer wirklichen Auflehnung gegen eine «Ordnung», die uns alle sieben Jahre eine Wirtschaftskrise und alle 25 Jahre einen Weltkrieg beschert, nicht gerade viel zu spüren war. An Gelegenheit dazu hätte es wahrlich nicht gefehlt. Insbesondere die rückschauenden Berichte über die *Presse- und Buchzensur* sowie über die *militärischen Ver-*

teidigungsmaßnahmen boten ſicherlich Anlaß genug, um mit einem Regime abzurechnen, das eine Unehre und eine Lebensgefahr für die Schweiz iſt, und das ſie vollends zu verderben droht, wenn wir es weiter dulden. Die Zenſurdebatte förderte aber nicht viel mehr als ein paar nachträgliche kritiſche Randbemerkungen zutage, weil offenbar allerſeits die fröhliche Zuverſicht herrſchte, der Bundesrat werde es «das nächſtemal» ſchon beſſer machen und die das letztemal begangenen «bedauerlichen Fehler» vermeiden. Und am Ende der im ganzen höchſt zahm geführten nationalrätlichen Ausſprache über die Aktivdienſtzeit — im Ständerat gab es nicht einmal das; man nahm von den vorliegenden Berichten einfach ſtillſchweigend Kenntnis — durfte der Vorſteher des Militärdepartements, Bundesrat Kobelt, ſogar ſagen: «Die wichtigſte Lehre, die wir aus zwei Weltkriegen ziehen können, iſt die, daß unſere Neutralitätspolitik, die Einigkeit und die Wehrhaftigkeit des Schweizervolkes weſentliche Garantien dafür bieten, daß unſerem Lande auch in Zukunft nicht nur die Unabhängigkeit, ſondern auch der Frieden erhalten bleibt», ohne daß auch nur einer der 194 Volksboten empört aufgejuckt wäre und die *Wahrheit* über Neutralitätspolitik und militäriſche Landesverteidigung geſagt hätte. Karl *Dellberg* hatte im Laufe der Debatte immerhin deutlich feſtgeſtellt, «daß uns nicht unſere militäriſche Bereitſchaft vor dem Kriege gerettet hat, ſondern die Siege der Alliierten», und daß auch in einem neuen Weltkrieg weder Neutralität noch Militärrüſtung uns zu retten vermöchte. Und der Bericht des Generals ſelber, der das Fehlen von Operationsplänen, die Kampfuntüchtigkeit der Fliegertruppe, die Unfähigkeit der meiſten höheren Armeeführer und ähnliche ſchwere Mängel ziemlich ungeſchminkt kritiſiert hatte, ſowie die ergänzenden Bemerkungen einiger ſeiner Mitarbeiter über den Stand unſerer Landesverteidigung um 1939 herum [1]) gaben ihm nur zu gute Gründe für ſeine Feſtſtellungen in die Hand.

Eine historische Kundgebung?

Womöglich noch bemühender war das Schauſpiel, das der Nationalrat bei der Behandlung der Motion des neuenburgiſchen Sozialdemokraten Henri *Perret* zu Gunſten des Eintrittes der Schweiz in die Organiſation der

[1]) Oberſtkorpskommandant Huber z. B., der nachmalige Chef des Generalſtabs, äußerte ſich dahin, „daß es auf Grund dieſer Verhältniſſe, wie der General ſie ſchildert, *unter Umſtänden zu einer eigentlichen Kataſtrophe hätte kommen können,* wenn wir in den erſten Jahren des Aktivdienſtes in den Krieg verwickelt worden wären". Genau das Gleiche hat ja ſchon General Wille für die erſte Zeit des Krieges von 1914/1918 feſtgeſtellt. Wie ſtünden wir mit unſerer Rüſtung erſt im Fall eines dritten Weltkrieges da, der mit Atom- und Raketenwaffen, Bakterien und dergleichen Teufeleien geführt würde!

Vereinten Nationen bot. Perret hatte im Text ſeiner Motion — wahrſcheinlich mit voller Abſicht — keinerlei Vorbehalt in bezug auf die *Neutralität* gemacht; er hatte einfach gefordert, daß die Schweiz «unter für ihre Sicherheit vorteilhaften Bedingungen» der UNO beitrete und mit ihr zuſammen «gemäß ihrer Satzung» (die bekanntlich die Neutralität nicht kennt) daran arbeite, künftige Kriege zu verhindern und eine ſichere Friedensordnung aufzubauen. Wie zu erwarten war, rückte Bundesrat Petitpierre in ſeiner Antwort von vornherein die «immerwährende Neutralität» in den Mittelpunkt unſerer Beziehungen zu den Vereinten Nationen und lehnte es namens des Geſamtbundesrates kategoriſch ab, der Frage eines Anſchluſſes an die UNO näherzutreten, ſolange die ſchweizeriſche Neutralität nicht neuerdings in aller Form völkerrechtlich beſtätigt ſei, wobei er natürlich die internationale Bedeutung dieſer Neutralität in den ſchönſten Farben malte und es ſogar fertig brachte, die im Waſhingtoner Abkommen vom Mai 1946 ſo widerwillig verſprochene Bezahlung von 250 Millionen Franken an die Alliierten aus dem deutſchen Sündengold als «poſitiven Beitrag an den europäiſchen Wiederaufbau» hinzuſtellen . . .

Nun, das alles iſt ſchließlich, wie geſagt, nicht weiter verwunderlich. Verwunderlich war es nur, wie ſchnell und bereitwillig der Motionär und mit ihm der ganze Nationalrat auf das Verlangen des Bundesrats einſtieg, durch eine entſprechende Ergänzung des Wortlautes der Motion eine Kundgebung des Willens der Volksvertretung zu veranſtalten, daß die Schweiz den Vereinigten Nationen nur dann beitreten werde, wenn ſie ihre Neutralität nicht aufzugeben brauche. Kein Hauch von Oppoſition gegen dieſe Zumutung; nicht einmal eine Diskuſſion; keine einzige Gegenſtimme bei der Abſtimmung — einhellig ſchloß ſich der Nationalrat dieſer «Demonſtration des unbedingten Neutralitätswillens des Schweizervolkes» an, die natürlich der UNO gewaltig imponieren wird, und hochbefriedigt darf die «Neue Zürcher Zeitung» feſtſtellen: «Damit ſind wir glücklich für einmal aus einer Lage befreit, in der die Geiſteshaltung des Volkes in einen Gegenſatz zum Politiſchen Departement gedrängt war, das gegenüber dem angriffsbereiten mächtigen Nachbarn im Norden zur Haltung gezwungen war: ‚Wir müſſen tun, als ob wir Freunde wären . . .'.» Die Anpaſſungsrede Etter-Pilet-Celio vom Juni 1940, die Zenſurbefehle, die ganze unneutrale Politik des Bundesrates bis zum Zuſammenbruch des Dritten Reiches — das alles war alſo gar nicht ernſt gemeint, war nur Philoſophie des Als-ob, war Sand in die Augen Hitlers . . . und des Schweizervolkes? Und jetzt ſind Volk und Bundesrat wieder glücklich ein Herz und eine Seele und wollen vergeſſen, was dahinten iſt, freilich ohne ſich zu ſtrecken nach dem, das da vorne iſt, nämlich die Vereinten Nationen? Welche Verlogen-

heit! Welches zyniſche Spiel mit dem guten Glauben des Volkes und auch mit dem Vertrauen des Auslands!

Die «hiſtoriſche Kundgebung» des Nationalrats iſt wirklich eine arge Sache. Sie bleibt es auch dann, wenn man überzeugt iſt, daß es ſich dabei um eine von den Regiſſeuren des Stückes wohlvorbereitete Ueberrumpelung der Volksvertretung gehandelt hat, und daß bei Berückſichtigung das Bild des einmütig und integral neutralen Rates nicht mehr ganz ſo leuchtend geweſen wäre, wie es die Veranſtalter des großen Ereigniſſes gewünſcht hatten. Wir werden auf jeden Fall dafür ſorgen müſſen, daß der Eindruck der Gleichſchaltung von Volk und Bundesrat in der Neutralitäts- und Militärfrage (denn beides gehört ja eng zuſammen) unzweideutig beſeitigt und eine wirkliche *Oppoſition* im Volke gegen die offizielle Iſolierungs- und Kriegsrüſtungspolitik geſchaffen wird, dieſe Politik, die für die Schweiz allmählich zur Lebensgefahr geworden iſt.

Verschiedenes Streifen wir zuletzt nur noch im Flug ein paar andere erwähnenswerte Vorkommniſſe der Berichtszeit. Die Motion Oltramare über die Einführung einer *Zivildienſtpflicht* iſt nicht, wie der Vorſteher des Militärdepartements gewollt hatte, vom Nationalrat einfach zurückgewieſen worden, als tückiſcher Anſchlag auf die Grundlagen der Landesverteidigung; ſie wurde vielmehr in der Form eines Poſtulats mehrheitlich angenommen, was die Möglichkeit einer Neuprüfung der Frage wenigſtens nicht ausſchließt. Vielleicht wird man eine Löſung in der Richtung des Votums Picot ſuchen, ſo nämlich, daß man, um ja auch nur den Schein einer Durchbrechung des geheiligten Grundſatzes des allgemeinen Militärzwanges zu vermeiden, die Leiſtung von Zivildienſt als *Strafe* für Verweigerer des Militärdienſtes zuläßt, vorausgeſetzt, daß der Verweigerer dieſer Strafe auch würdig ſei. — Die wachſende Gefahr einer *Militariſierung* der Schweiz wird durch die beiden Eingaben der Zentralſtelle für Friedensarbeit gegen die neuen Luftſchutzpläne und gegen die Inkraftſetzung der verfaſſungs- und geſetzwidrigen Verordnung über die «Förderung von Turnen und Sport» trefflich beleuchtet. — Der ſich nun ſchon ſeit Wochen und Wochen hinſchleppende *Prozeß Meyerhofer*, der beſſer Prozeß der Militärkorruption genannt würde, enthüllt einen ſolchen Sumpf von Willkürwirtſchaft, Verdorbenheit und Betrügerei, daß es gänzlich vergebene Liebesmüh iſt, dieſe Erſcheinungen von dem Geiſte des Militarismus — als Entartung des bloßen Militärweſens verſtanden — trennen zu wollen, wie er ſich mehr und mehr in unſerem öffentlichen Leben breit macht. — Der Prozeß *Brentano — Gaſſer* anderſeits zeigte nicht nur die famoſe «Weltwoche», deren Anfänge eindeutig frontiſtiſch und naziſtiſch waren, in einem peinlichen Licht; er gab auch, trotz

der höchſt merkwürdigen formal-juriſtiſchen Rechtfertigung Brentanos, wieder einmal ein erbauliches Bild vom «Charakter» jener als Maſſentypus aufgetretenen Deutſchen, die zwar keineswegs Vollblutnazi waren, aber doch als «gute Patrioten» die Sache Hitlers als nationale Angelegenheit empfanden und zu ihrer eigenen Sache machten, und die ſich vor allem höchſt perſönlich das Geſchäft mit dem möglichen Sieger nicht verderben laſſen wollten, ſich vielmehr den «Weg zurück» ſtets offenzuhalten trachteten. Herr Schmid-Blos, der geweſene Direktor des Zürcher Stadttheaters, und Wilhelm Furtwängler, der «große» Dirigent, gehören auch zu dieſen Helden. —

Der Vollmachtenbeſchluß des Bundesrats über das *«Daueraſyl für Flüchtlinge»* kann nicht befriedigen. Daß die Opfer des Naziſchrekkens, ſoweit man ſie nicht überhaupt weiterjagte, in der Schweiz künftighin nur gnadenhalber *geduldet* werden ſollen, während jeder deutſche Nationaliſt, der ſich nicht abſolut unmöglich gemacht hat, ein verbrieftes *Recht* auf Niederlaſſung und Berufstätigkeit hat, iſt unerträglich und ruft dringend der Korrektur. — In *Franz Schmidt*, dem in der Blüte ſeiner Jahre dahingerafften Redaktor der «Volksſtimme», meinem langjährigen Kollegen in St. Gallen, haben wir einen unſerer Beſten verloren. Sein Wollen war rein, ſeine Hingabe grenzenlos, ſein Sozialismus von ſchöner Menſchlichkeit und beſter Radikalität erfüllt. Es iſt ein Jammer, einen ſolchen Mann in den kommenden Kämpfen nicht mehr bei uns zu wiſſen. Sein Name und Werk aber bleibt geſegnet!

17. April 1947. *Hugo Kramer.*

Max Gerber zum 60. Geburtstag am 21. April

Wir können dieſen Tag nicht vorübergehen laſſen, ohne unſerm Freund zu danken. Nicht für das haben wir ihm an dieſer Stelle zu danken, was er uns perſönlich an Freundſchaft und Treue, an geiſtigem Reichtum und Güte während vier Jahrzehnten gegeben hat, ſondern für das, was er für die religiös-ſoziale Sache getan, wie er ſie verkörpert hat.

Er iſt früh zu ihr geſtoßen, wohl vor gut vierzig Jahren, in ſeinen erſten Studienſemeſtern. Das mag an ſich nicht als etwas Beſonderes erſcheinen, hat es doch ſehr viele gegeben, die in ihren jungen Jahren einmal «eine ſoziale Phaſe» durchgemacht haben. Aber bei Max Gerber iſt es nicht eine Entwicklungsphaſe geweſen, ſondern es iſt ein Lebenskampf daraus geworden. Und dieſes Bei-der-Sache-bleiben ſtammte bei ihm warhhaftig nicht aus einem frühen Sichfeſtlegen und Erſtarren. Bei einem ſo urlebendigen und weiten Geiſt von Erſtarrung zu reden würde von völliger Ahnungsloſigkeit zeugen. Nein, der Grund dieſes Dabeibleibens lag in einem großen ſachlichen Ernſt und